

Antrag

der Abgeordneten Steffen Kotré, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, Marc Bernhard, René Bochmann, Gereon Bollmann, Dirk Brandes, Marcus Bühl, Petr Bystron, Dr. Gottfried Curio, Thomas Dietz, Thomas Ehrhorn, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Kay Gottschalk, Mariana Iris Harder-Kühnel, Karsten Hilse, Nicole Höchst, Gerrit Huy, Norbert Kleinwächter, Barbara Lenk, Edgar Naujok, Bernd Schattner, Eugen Schmidt, Uwe Schulz, Dr. Harald Weyel, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Öl- und Gasembargo verhindern – Bürger und Unternehmen schützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die EU erwägt derzeit ein Öl- und Gasembargo gegen Russland. Bereits am 20. April 2022 verkündete die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock in Riga: „Ja, auch Deutschland steigt vollständig aus russischen Energieimporten aus.“ Zum Zeitplan präziserte sie: „Aus für Kohle bis zum Sommer, Öl halbieren wir bis zum Sommer und werden bis Jahresende bei Null sein“. Zum Gasembargo kündigte die Bundesaußenministerin einen „gemeinsamen europäischen Fahrplan“ an.¹ Am 4. Mai 2022 hat die Europäische Kommission ihr sechstes Sanktionspaket gegen Russland vorgelegt. Es enthält unter anderem ein Energieembargo, welches schrittweise bis Ende des Jahres in Kraft treten soll.

Die Folgen für Bürger und Unternehmen in Deutschland wären erheblich und stehen in keinem Verhältnis zu der zu erwartenden Wirkung der Sanktionen.

Bei einem Ölembargo hätte Deutschland laut dem Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Peter Adrian, mit erheblichen wirtschaftlichen Schäden zu rechnen.² Ein Lieferstopp für die Öl-Raffinerie in Schwedt hätte zusätzlich schwerwiegende Folgen für die Versorgungssicherheit in Ostdeutschland sowie Berlin und würde die ohnehin hohen Heiz- und Kraftstoffpreise sowie mittelbar auch die Verbraucherpreise weiter erhöhen. Das russische Öl, welches durch eine eigene Leitung, die Druschba-Trasse, zu dieser Raffinerie geliefert wird, ist ökonomisch und technologisch zumindest kurzfristig nicht vollständig zu ersetzen – das mögliche Ersatzliefer-

¹ https://www.focus.de/politik/diverses/politische-entwicklungen-und-stimmen-zum-krieg-baerbock-verkuendet-deutschland-steigt-vollstaendig-aus-russischen-energieimporten-aus_id_86880137.html

² <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/oelembargo-spritpreise-101.html>

volumen durch Häfen bzw. Binnenverkehr betrüge nur etwa 60 Prozent des gegenständlichen Ölbedarfs.³ Gedankenspiele, in Schwedt Wasserstoff zu produzieren, kämen einem Totalumbau des Standortes gleich und haben damit keinen Realitätsbezug. Die Einhaltung dieser Verhältnismäßigkeit soll jedoch selbst nach Äußerungen der Bundesregierung beachtet werden.

Ein Ölembargo seitens Deutschlands und der EU könnte Russland zudem einen Anlass bieten, als Reaktion den Export von Erdgas nach Deutschland zu stoppen. Die Konsequenz wäre ein Gasengpass mit verheerenden wirtschaftlichen Folgen für Deutschland. Beides gilt es unbedingt zu verhindern.

Über die konkreten wirtschaftlichen Folgen für Deutschland infolge eines derartigen Energieembargos existieren unterschiedliche Schätzungen. Eine aktuelle Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung beziffert den volkswirtschaftlichen Schaden durch einen Gaslieferstopp Russlands auf rund 500 Milliarden Euro.⁴

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die geplanten, den Erdölbezug betreffenden Sanktionen im Zusammenhang mit dem Ukraine Konflikt sowie die entsprechenden Maßnahmen auf EU-Ebene derzeit abzulehnen;
2. zur Abschätzung der gesamtwirtschaftlichen und politischen Folgen eines Ölembargos seitens der EU sowie eines möglicherweise als Reaktion folgenden russischen Gasembargos gegen die EU dem Bundestag einen umfassenden regelmäßigen Statusbericht vorzulegen. Hierbei sind insbesondere herauszuarbeiten:
 - a. die Primäreffekte auf die Versorgungssicherheit und die Energiepreise;
 - b. die wirtschaftlichen Sekundäreffekte auf die betroffenen Branchen wie die Chemieindustrie, Pharmaindustrie, Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie, Bauwirtschaft, Automobilindustrie und Elektronik;
 - c. die gesamtwirtschaftlichen Effekte auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts und die Inflation der Verbraucherpreise;
3. die politische Abhängigkeit von russischen Energieimporten zu reduzieren, um schnellstmöglich an den Punkt einer energiepolitischen Souveränität zu gelangen;
4. bei der Neuverteilung der energetischen Bezugsquellen mittels Diversifikation keine neuen, einseitigen politischen Abhängigkeiten entstehen zu lassen.

Berlin, den 13. Mai 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

³ https://www.moz.de/nachrichten/brandenburg/pck-schwedt-russische-raffinerie-ohne-russland-oeel_-auf-der-suche-nach-einer-loesung-64186647.html?msclkid=71c540c9d15311ecb23636653a54a084

⁴ <https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/gas-krise-wie-sie-deutschland-nicht-erlebt-hat-bis-zu-halber-billion-euro-schaden-bei-energie-embargo/28316318.html>

Begründung

Die geplanten Sanktionen lassen erhebliche negative Konsequenzen und Effekte für die aktuell zumindest angespannte wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland erwarten, während die absehbare Wirkung auf die russische Regierung in keinem Verhältnis zu diesen Konsequenzen steht.

Durch den allgemein hohen Ölpreis werden auch dazu gewährte Preisabschläge keine nachhaltige Wirkung auf den russischen Staatshaushalt zeigen. Im Gegenteil: Sie laden andere Länder dazu ein, sich relativ günstig mit russischem Öl einzudecken. Das dadurch nicht mehr benötigte, ggf. aus anderen Quellen bezogene Öl können sie zu einem höheren Preis weiterverkaufen. Indien etwa hat seine Öleinfuhren innerhalb weniger Wochen vervielfacht.⁵ Die Internationale Energieagentur (IEA) stellt fest, dass Russland seine Ölexporte an mehrere Abnehmer in Asien (China, Indien, Pakistan) deutlich gesteigert hat.⁶

Im Wesentlichen würde Erdöl nur über andere und deutlich längere Wege transportiert, daher ist ein Ölembargo somit als nicht zielführend anzusehen. Das hätte weitere Preissteigerungen, Umweltbelastungen durch den Transport und ggf. notwendige Umstellungen von Raffinerien zur Folge. Die Aussage von Bundesaußenministerin Baerbock in der ARD-Sendung „Anne Will“ vom 2. Mai 2022, nach der die westlichen Sanktionen dazu beitragen, dass Russland auf Jahre nicht wieder auf die Beine kommen würde, zeugt von Unkenntnis über außenwirtschaftliche Verflechtungen.

Die geplanten, mit langen Übergangszeiten versehenen Sanktionen lassen auch Russland die Chance, sich rechtzeitig anzupassen und Ausweichmechanismen zu implementieren. So ist die Zahl der Schiffe, die via Ostsee und Schwarzes Meer Ziele in Asien ansteuern, bereits sprunghaft gestiegen.⁷ Die geplanten Sanktionen werden also auch aufgrund ihres langen zeitlichen Vorlaufs eine geringe Wirksamkeit zeigen. Tatsächlich entpuppen sich die Embargodrohungen als Treiber der Energiepreise und verteuern damit den Bezug von Gas und Öl einerseits, während sie parallel dazu mehr Geld in die Kassen der russischen Exporteure spülen. Beide Effekte sind im Lichte der Entwicklungen kontraproduktiv. Bleibende Folgen sind dagegen erhebliche Mehrkosten für deutsche Bürger und Unternehmen und eine weiter sinkende Energieversorgungssicherheit.

⁵ <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/sanktionen-gegen-russland-warum-das-oel-embargo-wladimir-putin-nicht-stoppen-wird-a-5718c19a-daf4-4279-bb22-f98a1fc8efee>

⁶ <https://www.manager-magazin.de/politik/eu-sanktionen-wie-ein-oel-embargo-russland-treffen-wuerde-a-1c805361-a69c-4bab-8667-e9516df53f8c>

⁷ <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/sanktionen-gegen-russland-warum-das-oel-embargo-wladimir-putin-nicht-stoppen-wird-a-5718c19a-daf4-4279-bb22-f98a1fc8efee>

